

3 Europa und die Französische Revolution

Veränderungen des europäischen Staatensystems

Im Jahre 1792 erklärte Frankreich den europäischen Monarchien den Krieg. Er sollte von innenpolitischen Spannungen ablenken, vor allem aber die Errungenschaften der Revolution gegen die konservativen Mächte verteidigen. Die Kriegserklärung leitete eine Epoche kriegerischer Auseinandersetzungen ein, die mit kurzen Unterbrechungen fast ein Vierteljahrhundert lang andauerten und das europäische Staatensystem grundlegend veränderten (M 13). Frankreich begann den Krieg als Abwehrkampf gegen die anti-revolutionäre Politik und Propaganda der konservativen Großmächte und erklärte seinen Kampf zu einem ideologischen Kreuzzug für „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Doch brachten die Kriege Frankreich schon bald auf die Bahn der Eroberung. War es zunächst um die Sicherung der „natürlichen“ Grenzen und danach um die Schaffung eines Gürtels von Satellitenstaaten gegangen, verfolgte Napoleon seit 1804 weitaus ehrgeizigere Ziele. Es begann nun eine Phase imperialer Europapolitik, die die bisher geltenden Regeln der Gleichgewichtspolitik missachtete und die französische Hegemonie durchsetzte. Der **Herrschaftsbereich Napoleons** gliederte sich in Staaten, in denen Mitglieder der Familie Napoleons regierten, abhängige Vasallenstaaten, die von Napoleons Gnaden noch selbstständig blieben, und Verbündete (Karte 2).

Die Kriege Napoleons hatten auch für die deutschen Staaten einschneidende Folgen. Die französische Hegemonialpolitik führte zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und zur Gründung des Rheinbundes (1806). Die Rheinbundstaaten spielten im Kalkül Napoleons eine entscheidende Rolle. Sie konnten gegen den deutschen Kaiser mobilisiert werden und ihr Zusammenschluss im Rheinbund diente als Puffer gegen Österreich, Preußen und Russland. Darüber hinaus benötigte Napoleon die Rheinbundstaaten als Aufmarschgebiet für seine Armeen und zur Aushebung von Soldaten. Militärische und politische Gründe ließen es zweckmäßig erscheinen, den Rheinbund nicht in einen einheitlichen Bundesstaat umzuwandeln. Obwohl die Rheinbundakte eine solche Umwandlung vorsah, gab Napoleon doch stets dem zuverlässigen Bundesgenossen, der ihm Soldaten stellte, die freiwillig unter eigener Führung in den Kampf zogen, den Vorzug vor widerspenstigen Verbündeten, die er mit Gewalt in ein unerwünschtes System hätte hineinpressen müssen. Unter dem Schutz Napoleons begannen die Rheinbundstaaten aber auch im eigenen Interesse Reformen, die Gesellschaft und Staat modernisierten und von bleibender Wirkung waren (s. S. 298 ff.).

Napoleon wollte die Rheinbundstaaten von der Überlegenheit des französischen Systems und dessen Übertragbarkeit auf die deutschen Verhältnisse überzeugen. In dem so genannten **Modellstaat Westfalen**, der von seinem Bruder Jérôme regiert wurde, setzte er daher grundlegende Reformen durch. Die Einführung des Code Napoléon bedeutete für das Königreich Westfalen das Ende der geburtsständischen Privilegienordnung. Der Adel verlor seine Steuerfreiheit, die Befreiung von Abgaben und Militärdienst, den privilegierten Gerichtsstand und andere Vorrechte. Allerdings ließen alle diese gesetzgeberischen Maßnahmen die materielle Stellung des Adels unberührt. Während die privilegierten Stände ihre Vorrechte einbüßten, wurden umgekehrt durch die Bauernbefreiung den unterprivilegierten Gruppen bisher vorenthaltene Rechte zuerkannt. Die Leibeigenen gewannen persönliche Freiheit und Freizügigkeit. Und in den Städten erhielten alle Bewohner das gleiche Bürgerrecht. Ein vorbildliches Emanzipationsgesetz aus dem Jahre 1808 gewährte den Juden, die bis dahin am Rande der Ständegesellschaft gelebt hatten, die bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichheit. Im Unterschied zu den meisten Rheinbundstaaten, die eine bewusste und zielstrebige Reformpolitik betrieben, hielten andere Staaten aber auch am Altbewährten fest. Obwohl persönliche Sympathie den sächsischen König



Karte 2 Europa unter napoleonischer Herrschaft

Friedrich August I. (1806–1827) mit Napoleon verband, bewahrte Sachsen, das als wirtschaftlich weit entwickeltes Land dringend Reformen benötigt hatte, weitgehend seinen Entwicklungsstand aus dem 18. Jahrhundert. Der König regierte selbstherrlich und absolutistisch.

Deutsche Demokraten:
Die Mainzer Republik

Die Machtexpansion des revolutionären und napoleonischen Frankreich verband für knapp zwei Jahrzehnte die Entwicklung Deutschlands mit dem politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich fortgeschrittenen westlichen Nachbarn. Bereits vor den Rheinbund- und den preußischen Reformen (s. S. 301 f.) gab es auf deutscher Seite Versuche, die Errungenschaften der Französischen Revolution auf deutschem Boden einzuführen. Als französische Truppen 1792 auf deutsches Gebiet vordrangen und Speyer, Worms und Mainz besetzten, begannen Mainzer Demokraten damit, ihre Stadt zu einer Republik auf der Grundlage der Volkssouveränität umzugestalten. In politischen Klubs engagierten sich die Bürger für die Demokratisierung; außerdem wurden politische Reden gehalten, Zeitungen gegründet, Flugschriften, aber auch revolutionsfreundliche Gedichte und Theaterstücke verfasst und aufgeführt. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wählten die Mainzer 1793 auf der Grundlage eines allgemeinen, gleichen und direkten (Männer-)Wahlrechtes ein Landesparlament, den Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent. Am 18. März beschloss dieses Parlament die Unabhängigkeit vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und am 21. März den Anschluss an die französische Republik. Preußische Truppen belagerten jedoch die Stadt und besetzten sie nach deren Kapitulation am 23. Juli. Sie lösten den Jakobinerklub auf und verfolgten die aktive Minderheit der Jakobiner (M 14).

Politisierung der deutschen
Bevölkerung

Der Ausbruch der Französischen Revolution hat bei den europäischen Völkern zu heftigen politischen Auseinandersetzungen geführt. Auch in Deutschland konnte sich niemand diesem einschneidenden Ereignis entziehen. Die Revolution wurde anfangs durchaus besonders bei den Gebildeten begeistert begrüßt. Und die französischen

Truppen fanden mit ihrer Losung „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ bei der deutschen Bevölkerung zunächst Anklang. Als die Menschen jedoch gezwungen wurden, französische Soldaten in ihren Häusern einzuquartieren, ließ die Begeisterung über die Befreier vom fürstlichen Joch nach. Die Kritik an der Revolution wuchs zusätzlich, als die Terrormaßnahmen der französischen Jakobiner bekannt wurden.

Allerdings war die Französische Revolution nicht der Auslöser für die Politisierung in Deutschland. Bereits vor 1789 wurde in den deutschen Staaten über Freiheit und Gleichheit, die Anerkennung von Menschenrechten oder die Beseitigung der bürgerlichen Abhängigkeiten und über größere religiöse Toleranz gesprochen. Die Revolution verschärfte aber die politische Diskussion insofern, als sie eine konkrete Stellungnahme eines jeden politisch denkenden Menschen erzwang. Das führte zur Festigung politischer Strömungen, die sich schon vorher herausgebildet hatten. Die Gegner der Revolution schlossen sich in **konservativen Gruppen** und Zeitungen zusammen, die die Umwandlung von Staat und Gesellschaft nach französischem Vorbild bekämpften. Zudem organisierten sich die **Liberalen**, die für die bürgerliche Gesellschaft eintraten, aber gegen die Radikalisierung der Revolution durch die Jakobiner waren. In politischen Klubs trafen sich die deutschen **Demokraten** bzw. Jakobiner, die eine revolutionäre Aktion forderten, um gemeinsam mit den sozialen Unterschichten ein republikanisches Gemeinwesen zu errichten.

Im Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons entstand überdies der moderne **Nationalismus**, der in Deutschland eine antifranzösische Ausrichtung erhielt. Besonders die Volkskriege gegen die napoleonische Fremdherrschaft in den Befreiungskriegen 1813/14 trugen entscheidend dazu bei, dass sich ein deutsches Nationalbewusstsein entwickelte, das dem Kampf gegen Napoleon seine Stoßkraft verlieh. In Preußen feierten Dichter den Krieg gegen Frankreich als „Kreuzzug“, als „heiligen Krieg“. An den Universitäten wurde die nationale Stimmung geschürt. Tausende junger Leute meldeten sich freiwillig zum Kriegsdienst.

M13 Die Historikerin Elisabeth Fehrenbach über die Bedeutung der Revolutionkriege (1986)

Durch die kriegerische Expansion verbreitete die Revolution ihre Prinzipien über die Grenzen Frankreichs hinaus in ganz Europa. Das europäische Ancien Régime wurde mit einer Herrschafts- und Gesellschaftsordnung konfrontiert, die nicht mehr auf dem ständischen Privileg, sondern auf vernunftrechtlichen Normen beruhte. Insofern erschütterten die Revolutionskriege nicht nur das europäische Staatensystem bzw. die internationalen zwischenstaatlichen Beziehungen. Der Krieg entwickelte vielmehr selbst eine revolutionisierende Gewalt, die das aristokratische Europa herausforderte. Krieg und Revolution traten in gegenseitige Abhängigkeit und Wechselwirkung: Der Krieg veränderte ebenso die Revolution, die über die Grenzen des eigenen Landes hinausdrängte und zur Weltrevolution wurde, wie die Revolution den Krieg, der als Kreuzzug für die Befreiung der Völker oder als gegenrevolutionäre Intervention der

europäischen Mächte einen ideologischen Charakter annahm. Durch die innere Beziehung von Revolution und Krieg verschärfte sich die Spannungen und Gegensätze zwischen Frankreich und Europa, die nicht mehr mit den traditionellen Mitteln der europäischen Gleichgewichtspolitik lösbar waren. Das Neuartige dieses Krieges im Vergleich zu den älteren Kabinettskriegen¹ des 17. und 18. Jahrhunderts lag gerade darin, dass sich die Außenpolitik nicht mehr von der Innenpolitik trennen ließ.

(Elisabeth Fehrenbach, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress, Oldenbourg, München 1986, S. 39)

¹ Kabinettskriege: Kriege, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit, also nur vom Kabinett bzw. der Regierung, beschlossen werden

¹ Die Historikerin Elisabeth Fehrenbach vertritt die These, dass die Revolution den Krieg veränderte, wie umgekehrt auch der Krieg die Revolution. Erläutern Sie diese These anhand von M 13.

2 Stellen Sie dar, inwieweit Außen- und Innenpolitik in der napoleonischen Herrschafts- und Gesellschaftspolitik miteinander verzahnt waren. Ziehen Sie dafür die Darstellung über die Reformen im Modellstaat Westfalen heran (s. S. 129).

M14 Der politische Stellenwert der Mainzer Jakobiner

[Den Mainzer Jakobinern] gelang es nicht, über den Kreis einer kleinen aktiven Minderheit hinaus eine breitere Anhängerschaft zu mobilisieren. Forster¹, den Custine² zum Vizepräsidenten der 5 provisorischen Administration berief, kam zu der Überzeugung, dass das deutsche Volk zu einer Revolution noch nicht reif sei. Er trat deshalb für die Angliederung des linken Rheinufers an Frankreich ein, um auf diese Weise die revolutionären 10 Errungenschaften zu bewahren. Die hektischen Bemühungen um die Reunion³ gipfelten in terrorähnlichen Repressivmaßnahmen wie Eid- und Wahlzwang. Wer sich weigerte, den vorgeschriebenen Bürgereid auf die republikanische Verfassung abzulegen, wurde mit Ausweisung und

Deportation bedroht. Ein von einer Minderheit gewählter „Nationalkonvent der freien Deutschen diesseits des Rheins“ proklamierte im Frühjahr 1793 die Loslösung des Rheinlandes vom Reich und den Anschluss an Frankreich. Nur der siebte 20 Teil der rheinischen Gemeinden hatte seine Vertreter entsandt; in Mainz beteiligten sich nur 372 Bürger (8% der Wahlberechtigten) an der Abstimmung. Die Mehrheit der Bevölkerung verhielt sich passiv.

(Elisabeth Fehrenbach, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress, Oldenbourg, München ²1986, S. 64)

- 1 Georg Forster (1754–1794) war führendes Mitglied der Mainzer Jakobiner.
- 2 Adam Phillippe Custine (1740–1793) war französischer General und eroberte Mainz.
- 3 Reunion: Gemeint ist der Anschluss an Frankreich.

1 Diskutieren Sie anhand von M 14 und der Darstellung die Erfolgsaussichten der Mainzer Republik. Berücksichtigen Sie dabei sowohl den Rückhalt der Jakobiner in der Bevölkerung als auch die Reaktion Preußens.